

Blickpunkt Kantone

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **85 (1998)**

Heft 9: **Lernen, wie Kinder denken**

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blickpunkt Kantone

Aargau

Internationale Auszeichnung für Aargauer Lehrmittel

Der Weltverband der Lehrmittelfirmen (Worlddidac) hat aus 15 Ländern 64 Anmeldungen für den 8. Award erhalten. Mit den alle zwei Jahre vergebenen Awards werden pädagogisch wertvolle und innovative Lehrmittel ausgezeichnet. Die internationale Jury wird vom emeritierten holländischen Professor Dr. W.M.J. Schlösser präsiert; Ricardo Diez Hochleitner, Präsident des Club of Rome, tritt als Schirmherr der Auszeichnung auf. 1998 erhielten 19 im Wettbewerb stehende Lehrmittel einen «Worlddidac Award». Gleich zwei Preise holte der Aargauer Lehrmittelverlag ab – darunter für «Knuddeldaddelwu». Ein Gedicht in diesem Lesebuch hatte zu Berichten in vielen Medien und einer Diskussion im Grossen Rat geführt.

Pressemitteilung

Klares Ja zum Schulgesetz

Bei einer Stimmbeteiligung von 36,33 Prozent haben die Aargauerinnen und Aargauer der einzigen kantonalen Vorlage des Abstimmungswochenendes, dem teilrevidierten Schulgesetz, mit 91 540 Ja gegen 28 682 Nein, das heisst im Verhältnis von 3:1, zugestimmt. Kernstück der Vorlage ist die Einführung der Fünftagewoche an der Volksschule. Obwohl das Gesetz vorsieht, dass grosse Gemeinden, welche organisatorische Schwierigkeiten haben, mit der Fünftagewoche noch warten können, wird eine Mehrheit bereits im kommenden August, der Rest der Gemeinden im August 1999 mit der Fünftagewoche starten. Erziehungsdirektor Peter Wertli zeigte sich von der Zustimmung nicht überrascht, von der Höhe aber schon.

«AZ», 8.6.98

Bezirksabschluss wird strenger

Der Regierungsrat hat die Verordnung über die Bezirksschul-Abschlussprüfung geändert. Wie es in einer Pressemitteilung heisst, zählen ab dem Schuljahr 1998/99 neu die Zeugnisnoten der vierten Bez. in acht Fächern. Zusätzlich geprüft werden Mathematik, Deutsch und Französisch. Ein Durchschnitt dieser elf Noten von 4,7 berechtigt zum Übertritt in eine Maturaklasse, ein Durchschnitt von 4,4 zum Übertritt an eine Diplomschule oder eine Berufsmaturaklasse.

«BaZ», 24.6.98

Baselland

Sparschraube in den Kindergärten

Die finanziell gebeutelte Stadt Liestal zieht jetzt bei den Kindergärten die Sparschraube an. Im kommenden Schuljahr werden einige Kindergärten im Kantonshauptort «randvoll» sein, wie sich eine Kindergärtnerin ausdrückt. Nach der Meinung einiger Eltern müsste im August ein weiterer Kindergarten eröffnet werden. Doch die Stadt will diese Stelle einsparen. «Liestal will Neuzuzüger anlocken, doch die nötige Infrastruktur will man nicht bereitstellen», ärgert sich ein Vater.

«BaZ», 23.6.98

Basel-Stadt

Orientierungsschule – wie weiter?

Beissen sich die Leistungsziele und die sozialen Erwartungen der Orientierungsschule (OS) gegenseitig in den Schwanz? Im vierten Jahr der Schulreform und nach knapp einem Jahr Weiterbildungsschule (WBS) sind Lehrkräfte wie Eltern gleichermassen verunsichert. Die Lehrerschaft befürchtet, den Anforderungen der OS, jeden Schüler und jede Schülerin individuell zu fördern, nicht gerecht zu werden. Eltern sorgen sich, ob die OS ihrem Kind auch den richtigen Rucksack für die berufliche Zukunft mitgibt.

«BaZ», 14.5.98

Leitfaden für multikulturelle Schule

Schülerinnen und Schüler aus dem ehemaligen Jugoslawien, dem Kosovo, Peru, der Türkei, Malaysia, die jetzt die Basler Weiterbildungsschule besuchen, berichteten über ihre Heimat, die Übersiedlung in die Schweiz und ihr Verhältnis zum Gastland. Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule boten ein Gedicht in sieben Sprachen. Die Vernissage der neuen Broschüre «Vademecum», die vom Erziehungsdepartement in erster Linie für die Lehrkräfte herausgegeben wird, zeigte die kulturelle Vielfalt der Basler Schulen auf.

«BaZ», 29.5.98

Studenten gehen ans Bundesgericht

Die Studierenden der Universität Basel wollen den Entscheid des Basler Regierungsrates von Ende März, die Zulassung zum Medizinstudium durch die Einführung eines Numerus clausus ab dem Studienjahr 1998/1999 erstmals zahlenmässig zu beschränken, nicht kampflos hinnehmen: Mit verschiedenen Massnahmen setzen sie sich nun gegen den regierungsrätlichen Beschluss, der auf einer ebenfalls Ende März bekanntgegebenen Empfehlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) für die Universitäten Basel, Bern, Zürich und Freiburg beruht, zur Wehr. Die SHK will mit ihrer Empfehlung die Qualität der Ausbildung gewährleisten, da die Zahl der Anmeldungen die der zur Verfügung stehenden Plätze bei weitem übersteigt. Die Empfehlung sieht einen Eignungstest vor, der für alle Interessierten stattfinden soll.

«BaZ», 4.6.98

Das zehnte Schuljahr im Umbau

Der Umbau des Basler Schulsystems schreitet weiter voran: Die Berufswahlschule (BWS) und die Realschule lassen im Bereich der obligatorischen Schulzeit auf das Schuljahrende am Freitag ihren Vorhang herunter, sie weichen der neuen Weiterbildungsschule (WBS), die aufgrund der Schulreform für alle Nichtgymnasiasten den Anschluss an die dreijährige Orientierungsschule herstellt.

«BaZ», 24.6.98

St. Gallen

Anlässlich der Plenarversammlung vom 4. Juni 1998 verabschiedeten die Erziehungsdirektorinnen und -direktoren die interkantonale Vereinbarung über Fachhochschulen. Damit bleibt der freie Zugang zu den Fachhochschulen über die Kantons Grenzen hinaus gewährleistet. Die Vereinbarung sieht Beiträge pro Studierende(n) in der Höhe von 5000 bis 25000 Franken vor, die die Wohnortskantone zu leisten haben. Die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein werden nun eingeladen, diesem flächendeckenden Abkommen beizutreten.

Pressemitteilung

Wallis

Umstrittenes Walliser Schulgesetz

Das neue Gesetz über das Unterrichtswesen bewegt die Gemüter und hat die Gymnasiasten bewogen, mit einer

grossen Kundgebung in Sitten gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, ein Ereignis, wie man es im Wallis wohl noch nie gesehen hat. Das Gesetz will die Oberstufe reorganisieren und an der Primarschule Lernzyklen einführen.

Sowohl das Pro- als auch das Contra-Komitee erklären, sich auf einige hundert Mitglieder abstützen zu können. Die Fronten laufen quer durch die Parteien. Auch die Lehrerschaft ist geteilt. Nur die Lehrer der Gymnasien sind ziemlich geschlossen gegen das neue Gesetz. Die Kampagne der Gymnasiasten überrascht angesichts des festen Widerstandes der Kollegien nicht allzusehr. Die Schüler erklärten allerdings, von ihren Lehrern nicht beeinflusst worden zu sein.

«NZZ», 19.5.98

Abgeschmetterte Schulreform im Wallis

Der Walliser Souverän hat die beiden kantonalen Schulvorlagen und eine Initiative zur Ladenöffnungszeit nach allen Regeln der Kunst gebodigt, mit Nein-Anteilen zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln. Im Oberwallis brachte es das Unterrichtsgesetz auf 82,76 Prozent Neinstimmen. Bei einer Stimmbeteiligung von 45,7 Prozent wurden das neue Unterrichtsgesetz mit 58 347 Nein gegen 20993 Ja, das Lehrerstatut mit 49775 Nein gegen 27474 Ja und die Initiative zur Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten mit 57991 Nein gegen 20709 Ja verworfen.

«NZZ», 8.6.98

Zürich

Neue Struktur der Erziehungsdirektion

Der Regierungsrat hat den neuen Strukturen der Erziehungsdirektion zugestimmt. Diese sehen eine Gliederung in vier Ämter sowie das Generalsekretariat vor. Ein zentraler Teil dieser Reform ist die Übertragung des Amtes für Berufsbildung von der Volkswirtschaftsdirektion in die Erziehungsdirektion. Mit dieser neuen Organisationsstruktur sollen die Aufgaben zwischen Generalsekretariat und Ämtern bzw. Betrieben entflochten werden. Dem Generalsekretariat obliegen die strategische Führung und die Koordination der Ämter. Diese werden nach Bildungsstufen (Volksschule, Sekundarstufe II und Hochschulstufe) gegliedert; die Aufgaben der Sozialisationsunterstützung im weitesten Sinne sind im Amt für Jugend und Berufsberatung zusammengefasst. Der Lehrmittelverlag als weitgehend selbstständiger Betrieb wird nicht in ein Amt integriert.

Mit den neuen Strukturen werden grössere Aufgaben- und Kompetenzbereiche geschaffen, die es ermöglichen,

die Koordination innerhalb der Bildungsstufen zu verbessern und Synergien zu nutzen. Generalsekretariat und Amtsleitungen bilden unter dem Vorsitz des Direktionsvorstehers eine Geschäftsleitung zur Koordination und Integration der Aufgaben der Erziehungsdirektion.

Pressemitteilung

Brigit Ulmann Stohler

Schlaglicht

Kundenfreundlichkeit

**«Die Gesamtarbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern entspricht mindestens der Normalarbeitszeit im öffentlichen Dienst.»
(Beiträge zur Lehrerbildung, 16 (2)/, 1998)**

Dies ist ein Ergebnis der Studie zur Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern, die vom März 1997 bis April 1998 von Charles Landert in neun Deutschschweizer Kantonen durchgeführt wurde.

Wenn man den Ergebnissen glauben darf, dann sind Lehrkräfte nicht weniger fleissig als andere Angestellte.

In der Öffentlichkeit scheint man dies allerdings noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Immer wieder wird über die Erhöhung der Pflichtstunden laut nachgedacht.

Da viele Lehrkräfte offenbar an der oberen Belastungsgrenze angekommen sind, wird diese Erhöhung der Pflichtstunden auf Kosten anderer Aufgaben gehen. Dadurch ist eine Verschlechterung der Schulqualität nicht auszuschliessen.

Wo liegen die Gründe dafür, dass die öffentliche Meinung sich durch Untersuchungsergebnisse offenbar kaum beeinflussen lässt?

Erscheint ausschliesslich die Unterrichtstätigkeit, die laut Studie die Hälfte der effektiven Arbeitszeit beansprucht, als sichtbare Arbeit?

Wird das Urteil der Bürgerin, des Bürgers durch eigene Schulerfahrungen, Futterneid und irrationale Überzeugungen bestimmt?

Oder hat die Institution Schule in Bezug auf «Kundenfreundlichkeit» noch einiges zu leisten?